

## Höhere Transparenz der Parteifinanzen – Offenlegung von Sponsoren-Verträgen

## **Beschluss vom Bundesvorstand**

11. Juni 2012

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in den Debatten um Parteifinanzen und insbesondere um Partei-Spenden und -Sponsoring immer für eine möglichst weitgehende Transparenz eingesetzt. Zudem haben wir uns mit dem eigenen Spenden-Codex selbst strengere Regelungen auferlegt, als das Parteiengesetz in seiner jetzigen Fassung vorsieht.

In den letzten Monaten ist das Sponsoring von Parteiveranstaltungen durch Unternehmen und Verbände zusehends in den kritischen Focus der Öffentlichkeit gerückt. In der Diskussion wird immer wieder der Verdacht der verdeckten Partei-Spende durch überhöhte Einnahmen aus dem Sponsoring formuliert. Die GRÜNEN veröffentlichen seit Jahren unaufgefordert alle Sponsoren auf ihren Parteitagen und geben die Gesamteinnahmen aus der Vermietung von Ausstellungsflächen bekannt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nun in der aktuellen Debatte um fehlende Transparenz im Bereich des Parteien-Sponsorings einen weiteren Schritt vorangehen: Der Bundesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird ab sofort sämtliche Sponsorenverträge für Veranstaltungen der Partei zeitnah im Internet veröffentlichen. Insbesondere betrifft dies:

- die Leistungen bzw. Gegenleistungen von Sponsoren und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNFN
- die Einnahmen aus den einzelnen Verträgen.

Eine Sponsoring-Zusammenarbeit der Bundespartei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Organisationen, Verbänden und Unternehmen findet nur statt, wenn diese mit der Veröffentlichung der Verträge und insbesondere der finanziellen Vereinbarungen einverstanden sind. In den vergangenen Wochen haben aktuelle und potentielle Sponsoren diese Initiative ausdrücklich begrüßt.

Der Vorwurf verdeckter Parteien-Finanzierung durch Sponsoring kann mittels maximaler Transparenz entkräftet werden. Sowohl Partei als auch Sponsoren werden durch diesen Schritt vom Verdacht der Umgehung gesetzlicher Regelungen nachhaltig entlastet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen damit aber auch den Druck erhöhen, endlich Regelungen zum Sponsoring in das Parteiengesetz aufzunehmen. So fordern wir in einem Beschluss des Bundesparteitags 2011 die Gleichbehandlung von Sponsoring und Spenden bei den Veröffentlichungspflichten und die Senkung der Meldegrenzen. In der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden wir damit offensiv umgehen.